

Ausnahmegeetze gegen Elässer.

Stürmische Auseinandersetzungen. — Poincaré verlangt Vollmachten zur Unterdrückung der Selbstverwaltungsbewegung.

— Paris, 3. Februar.

Seit 2 bis 3 Tagen spricht die französische Kammer über die Lage im Elsass, seit drei Tagen steht man den Ministerpräsidenten Poincaré am Rednerpult. Zeit genug, um die elssässische Frage gründlich zu studieren und ihrer Lösung näher zu kommen! Aber die „Deputés“ regen sich nicht sonderlich auf; die Mißstimmung im Elsass — die „malaise“ — ist ihnen eine Folge der elssässischen Diktatorpolitik oder — noch schlimmer — eine Frucht der Vergebung. Mit aller Deutlichkeit offenbarte sich der Abgrund, der die Nationalfranzosen von den Elässern trennt, als Poincaré seiner Rechtfertigungsschrift eine Streitschrift nachschickte, die in den vorausgegangenen Nächten von Poincaré mit der Hand niedergeschrieben und nun in der Kammer mit Temperament und Schärfe vorgetragen wurde.

Gleich nach den ersten Sätzen Poincarés brach der Sturm los. Die Elässer sprangen auf, protestierten gegen die Fiktion und Schlussfolgerungen Poincarés, der Ministerpräsident mußte seinen Vortrag minutenlang unterbrechen, fortwährend läutete die Glocke des Präsidenten, versuchte die Mehrheit der Kammer die Proteste der Elässer mit wildem Geschrei zu überdönen. Als Poincaré geendet hatte, erhoben sich die Abgeordneten von den Plätzen, um ihn zu ehren. Aber die Elässer blieben sitzen und hatten Mühe, sich der auf sie niederprasselnden Schmährufe zu erwehren.

Im einzelnen hatte Poincaré ausgeführt, die Stimmung im Elsass sei nicht durch die französische Politik beeinflusst worden, sondern durch eine „internationale Kampagne“, die dem Elsass und dem Frieden gefährlich werden könne. Die autonomistischen Umtriebe hätten bereits 1918 angefangen. Als Deutschland gefallen habe, das Elsass nicht mehr halten konnte, habe es versucht, das Elsass und Frankreich zu entfremden und den Vater des jetzigen Abgeordneten von Kolmar, Gauß, zum Statthalter der Reichslande ernannt. Die föderalistische Partei habe bereits 1919 eine Republik Elsass-Lothringen gründen wollen, die autonomistische „Zukunft“ sei bestrebt gewesen, aus dem Elsass eine Brücke zwischen Deutschland und Frankreich zu machen und der Abgeordnete Dahlet habe in einer Volksversammlung den furchtbaren Satz ausgesprochen: „Wir Elässer lehnen das französische Regime ab, unser Herz gehört nicht Frankreich.“

Die Elässer hatten es während der Rede Poincarés an Protesten nicht fehlen lassen. Sie wiesen nach, daß Poincaré wahllos zitiert und insbesondere auch Auszüge aus einer von dem in Berlin lebenden Elässer Dr. Ernst herausgegebenen Zeitschrift verlesen hatte, mit der die Autonomisten ganz und gar nichts zu tun haben. Als der Abgeordnete Walter die Brückenpläne der Zukunft als ein Projekt und eine Phantasie bezeichnete, forderte ihn Poincaré barsch zum Schweigen auf, und als Walter es sich nicht nehmen ließ, Poincaré erneut richtigzustellen, erklärte Poincaré erregt: Herr Walter, meine Geduld ist zu Ende; ich werde am Dienstag einen Brief verlesen, den ich von General François erhalten habe und der Ihr gefährliches Treiben darstellt.

Zum Schluß beschuldigte Poincaré noch die Autonomisten, mit alldeutschen Kreisen in Verbindung zu stehen, ja, er verstieg sich sogar zu dem Satz, der deutsche Reichshaushalt enthalte einen Propagandafonds von rund 100 Millionen Mark, von dem wahrscheinlich auch die Borkämpfer des Deutschtums im Auslande profitierten. Angesichts der Gefahr der Selbstverwaltungsbewegung müsse die Regierung vom Parlament die Macht erhalten, die autonomistische Bewegung mit allen Mitteln zu unterdrücken. Würde man ihr diese Vollmachten verweigern, dann werde das Kabinett nicht länger im Amt bleiben.

Poincarés Erklärungen und Geschichtsklitterungen sind höchst ansehnlich. Der rednerische Erfolg des Ministerpräsidenten ist mit einer politischen Niederlage verbunden: Die tiefen Gegensätze zwischen Frankreich und dem Elsass sind aller Welt deutlich geworden! Noch schlimmer ist es, daß Paris die Politik, mit der es im Elsass so häufig Schiffbruch erlitten hat, auch für die Zukunft beibehalten will. Wenn die Kammer den Ausnahmegeetzen zustimmt, begibt sie sich auf einen Weg, der den Elässern neue Leiden und den Franzosen neue Konflikte bringen wird.

Poincaré ist falsch unterrichtet!

Strefemann weist die Behauptungen über den Propagandafonds zurück.

Reichsaussenminister Dr. Strefemann empfing Vertreter der Presse und äußerte sich zu den Behauptungen des französischen Ministerpräsidenten, der deutsche Haushalt enthalte rund 100 Millionen Mark für Propaganda. Der Minister betonte, wenn man alle Summen zusammenzähle, die den Ministerien für kulturelle Zwecke, für die Förderung des Nachrichtenwesens und für die Reichszentrale für Heimatdienst zur Verfügung stehen, ergebe sich eine Summe von rund 21 Millionen Mark. Dazu müsse bemerkt werden, daß von den 6,5 Millionen Mark, die auf das Auswärtige Amt entfallen, viereinhalb Millionen Mark nicht als Propagandagelder angesehen werden könnten und daß der Betrag für die deutschen Schulen im Auslande erheblich geringer sei, als die von anderen Ländern für ähnliche Zwecke im Auslande ausgegebenen Summen. Es sei vollkommen unerklärlich, worauf Poincaré seine Berechnungen stütze. Jedenfalls könne man angeführt werden, daß die von dem genannten Beträge von einem von Berlin aus mit großen Geldmitteln geförderten Pangermanismus nicht sprechen! Was die Ausgaben für die besetzten Gebiete angehe, so müsse bemerkt werden, daß die besetzten Gebiete zu Deutschland gehören.

Owen Young ist zuversichtlich.

Die amerikanischen Sachverständigen erwarten einen guten Ausgang der Beratungen in Paris.

Owen Young, der mit Morgan America auf der Sachverständigen-Konferenz in Paris vertreten wird

und sich gegenwärtig an Bord eines Ozeandampfers befindet, übergab vor seiner Abreise den Pressevertretern eine mit der Schreibmaschine geschriebene Erklärung, die ausführt: Vor fünf Jahren habe ich folgende Erklärung abgegeben und ich bitte, sie jetzt wiederholen zu dürfen: „Ich betrachte die Fragen, die durch unser Komitee geregelt werden sollen, lediglich als kaufmännische Fragen, und ich hoffe, daß sie in diesem Geiste und mit dem festen Entschluß in Angriff genommen werden, rasch zu einer förderlichen Antwort zu gelangen.“

Ueber die Dauer der Konferenz befragt, erwiderte Owen Young, nach seiner Schätzung dürften die Arbeiten der Reparationskonferenz nicht weniger als zwei, aber auch nicht mehr als drei Monate in Anspruch nehmen.

Die Zusage der Räumung Voraussetzung der amerikanischen Mitwirkung?

— Paris, 4. Februar. Der häufig gut unterrichtete Außenpolitiker des „Excelsior“ gibt ein Gerücht wieder, das den amerikanischen Delegierten voraussetzt, und nach dem die Amerikaner vor jeder aktiven Beteiligung Amerikas die Zusage der Räumung des Rheinlandes verlangen werden. An Stelle des materiellen Pfandes solle der ganze staatliche und private Kredit Deutschlands treten.

Bayern und Preußen.

Antwort des preussischen Ministerpräsidenten Brauns auf die bayerischen Ministererklärungen.

Der preussische Ministerpräsident Braun hat in einer Pressekonferenz auf die Erklärungen, die die bayerischen Minister Feld, Schmelze und Gärtner vor Pressevertretern in München über den Stand der Verhandlungen zwischen Reich und Ländern abgegeben haben, nunmehr geantwortet.

Der Ministerpräsident stellte fest, daß die zwischen ihm und Feld vereinbarte Vertraulichkeit der beiderseitigen Verhandlungen in der Weizsäckerpause von Bayern aus gebrochen wurde und wiederholte, daß damals in Aussicht genommen war, in einer gemeinsamen Konferenz unter Vorsitz des Reichskanzlers eine Verständigung über die

Entschädigungsansprüche der Länder gegen das Reich herbeizuführen. Diese Konferenz habe dann im Januar stattgefunden, und es erwies sich, daß hier noch vielen Milliarden zählende Entschädigungsforderungen der Länder gegen das Reich zusammenkamen.

Wie der Ministerpräsident mitteilte, forderten die Vertreter Bayerns, daß ihre Ansprüche vor allen anderen rangieren und erledigt werden sollten. Eine Forderung, die auf Widerspruch stieß, und es blieb schließlich nur die preussische Anregung übrig, die Reichsregierung möge einen Vorschlag ausarbeiten, der ihr im Hinblick auf die Reichsfinanzen tragbar erscheine.

Der Ministerpräsident bestritt im übrigen die bayerische Behauptung, daß Preußen auf der Konferenz die allergrößten Schwierigkeiten gemacht habe. Er sei vielmehr bemüht gewesen, das ganze schwierige Problem einer für Reich und Länder tragbaren Regelung entgegenzuführen.

Ebenso wenig habe Preußen im Laufe der Verhandlungen neue Ansprüche für verlorengegangenes Staatsvermögen erhoben. Diese Forderung sei vielmehr bereits im Jahre 1919 geltend gemacht und von dem damaligen Reichskabinett anerkannt worden.

Mit besonderer Schärfe wies Herr Braun den in München gefallenen Ausspruch zurück, Bayerns Gegner sei Preußen, das sich in der Finanzwirtschaft des Reiches möglichst breit mache und durch Ausschöpfungspolitik die Vernichtung der Länder herbeiführen wolle. Diese Behauptung entbehre jeder tatsächlichen Grundlage, und es sei zu bedauern, daß die preußenfeindliche Stimmung, die in Bayern Tradition zu sein scheint, von den verantwortlichen Staatsmännern noch durch unrichtige Behauptungen genährt werde.

Und wenn gar der bayerische Finanzminister die Haltung Preußens

eine Schamlosigkeit.

genannt habe, wie sie im Staatsleben noch nie dagewesen sei, so könne er angesichts der Tatsachen dazu nur bemerken, daß ein derartiger Verkehrton im innerdeutschen Staatsleben bisher wohl nie dagewesen sei, im Interesse der geduldeten Zusammenarbeit der Länder zum Besten des Reiches auch nicht Platz greifen sollte.

Die Regierungsumbildung.

Fortgang der Koalitionsverhandlungen. — Das Ergebnis der Bemühungen. — Vor neuen Verhandlungen.

Der preussische Ministerpräsident Braun hatte im Gebäude des Staatsministeriums eine kurze Unterredung mit dem volksparteilichen Fraktionsvorsitzenden Steudel und unterbreitete dem Abgeordneten das Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Vertretern der preussischen Regierungsparteien. Abg. Steudel erklärte, er werde seiner Fraktion berichten und am heutigen Montag dem Ministerpräsidenten eine Antwort zukommen lassen. Vor allem dürfte, wie wir hören, die Frage der Ressortverteilung zu lösen sein. Ob und wann weitere Beratungen der Regierungsparteien unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei stattfinden werden, dürfte sich erst im Laufe des Montags entscheiden.

Die Zentrumsfraktion nahm am Sonnabend einen Bericht ihrer Unterhändler über die Verhandlungen mit dem Kanzler entgegen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Notlage des Bauernstandes.

Eine Rundgebung der christlichen Bauernvereine.

In Berlin hat eine Rundgebung der in der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine zusammengeschlossenen christlichen Bauernvereine stattgefunden. In den Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Präsidenten der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, standen, waren die Vorsitzenden und zahlreiche Vertreter der angeschlossenen Bauernvereine, darunter erstmalig wieder der Präsident des Rheinischen Bauernvereins, Dr. h. c. Freiherr von Loe, erschienen.

In seinen einleitenden Worten führte Minister Hermes aus, daß das Jahr 1928 dem Bauernstand eine Verschlechterung seiner Lage gebracht habe. Im Zusammenhang mit der Verarmung des Landvolkes stehe eine kulturelle Verelendung und die allmähliche Entvölkerung des platten Landes.

Landtagsabgeordneter Jensen, der zweite Vorsitzende des Preussischen Landgemeindetages, behandelte sodann die Frage „Eingemeindung und Landwirtschaft“ und legte die Gründe dar, die aus staatspolitischen, staatsbürgerlichen, sozialpolitischen, kulturpolitischen und wirtschaftspolitischen Erwägungen weit über die Kreise der Landwirtschaft hinaus das ganze Volk dazu zwingen müßten, die übertriebenen Eingemeindungspläne entschieden abzulehnen.

Zu demselben Thema sprachen ferner Oberregierungsrat Dr. Weidner vom Statistischen Reichsamte und Universitätsprofessor Dr. v. Neß-Breuning.

In einer Entschließung wurden die Eingemeindungspläne abgelehnt.

Severing zur Kriegsschuldfrage

Ein offener Brief des Reichsinnenministers an Professor Hans Delbrück.

Vor einiger Zeit hatte Reichsinnenminister Severing vor dem Hamburger Reichsbanner in eine Rede zur Kriegsschuldfrage Stellung genommen. In einem offenen Briefe hat daraufhin Professor Hans Delbrück den Minister auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, das Parteinteresse zurückzustellen gegen das nationale Interesse Deutschlands, die offene Wahrheit über den Kriegsurprung zu ergründen und zu verbreiten.

Der Minister verweist nun in einem ebenfalls offenen Briefe auf die Kaiserreden, deren Wirkung abgewesen sei, die ganze Welt zu der Ueberzeugung zu bringen, der deutsche Kaiser strebe zur Weltbeherrschung durch den Krieg. Die Verteidigung der Politik des Kaisers damit, er habe sich in der Wahl der Mittel vergriffen, sei die schwerste Beschuldigung. In den Brief heißt es dann weiter:

„Die Schuld am Kriege ist eine Kollektivschuld, von der keine der beteiligten Mächte ausgenommen ist oder durch Diktat des Siegers freigesprochen werden kann. Daß Deutschland, das der Kollektivschuld bezichtigt wird ein besonderes Interesse hat, diese Dinge klarzustellen ist selbstverständlich. Ich muß mich darum entschieden gegen den Vorwurf verwahren, durch meine Rede ein Verschleiern der Kriegsschuldfrage verursacht zu haben, die der noch immer gegen Deutschland arbeitenden Lügenpropaganda zugute kommt, und denen die der Wahrheit den Durchbruch zu erstämpfen zu mühe sind, die Arbeit erschwern.“ Der Wahrheit sind und Gerechtigkeit fordernd — Aufgaben, die dem Politiker, wie dem Historiker gemeinsam sind — darf von den Fehlern, die auch auf unserer Seite gemacht worden sind, nicht die Augen verschließen. Wie die Gewichte der Schuld zu verteilen sind, mag schließlich die Geschichte entscheiden.“

Schwere Sturmschäden.

Sturmbercerungen an der russischen Schwarzmeerküste.

Ein orkanartiger Sturm hat an der kaukasischen Küste des Schwarzen Meeres große Verheerungen angerichtet. In der Nacht von Eschum wurden mehrere Küstendampfer zerstört. Ständig werden Teile von zertrümmerten Dampfern ans Land gespült. Die Zahl der Menschenopfer steht noch nicht fest.

Orkan über der Adria.

In der Nacht tobte über Ragusa ein Orkan, der zahlreiche Bäume entwurzelte, Dächer abdeckte und viele Häuser beschädigte. Der Orkan war so stark, daß jeder Verkehr unmöglich war. Wie es heißt, sollen bei dem Orkan vier Menschen zum Opfer gefallen sein, doch liegt eine amtliche Bestätigung hierfür nicht vor.

Schwere Stürme an der südamerikanischen Küste.

In den südamerikanischen Küstengebieten wütheten schwere Stürme, begleitet von wolkenbruchartigen Regenfällen, durch die die Schifffahrt schwer beeinträchtigt wird.

In Sao Paulo wurde ein Haus vom Sturm umgeweht, wobei vier Personen getötet und zwei verletzt wurden. In Buenos Aires fiel ein Hochspannungsdraht auf einen Mann, der durch den Schlag sofort getötet wurde. Im Hafen von Bahiarais sind während des Sturmes zwei Schiffe gesunken. Die Besatzungen sind jedoch anscheinend gerettet worden.

Ein neues Opfer Tut Ench Amons?

Der Aberglaube erhält wieder Nahrung.

Auf einem alten ägyptischen Königsgrab steht die Aufschrift: „Fluch dem, der meinen Leib berührt!“ Daraus resultiert der alte Fellsachen-Aberglaube, daß jeder, der die Grabstätte eines ägyptischen Königs stört, sterben müsse.

Nachdem 1922 Lord Carnarvon im Tal der Könige das Grab Tut Ench Amons, seinen Thron und seinen Streitwagen entdeckt hatte, sind nacheinander fünf Wissenschaftler, die sich mit dem Fund befaßt hatten, darunter Lord Carnarvon selbst, an rätselhaften Krankheiten gestorben.

Der Aberglaube erhält jetzt neue Nahrung: Die Witwe Carnarvons, Elisabeth Carnarvon, ist in London an einem Tumorleiden gestorben.